



---

**2. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses**  
**Gremium:** Hauptausschuss  
**Sitzungstermin:** Mittwoch, 27.08.2014, 17:00 Uhr  
**Ort, Raum:** R. 280 a, Stadthaus

---

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**
  
- 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 02.07.2014**
  
- 3 **Einsprüche gegen die Kommunalwahl am 25. Mai 2014**
  
- 4 **Bestellung der Schriftführerin und der stellv. Schriftführerin**
  
- 5 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
  - 5.1 **Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder  
12/SVV/0468** Fraktion DIE LINKE
  
  - 5.2 **Änderung der Spielplatzsatzung der LHP  
14/SVV/0275** Fraktion SPD
  
  - 5.3 **Kooperationsvertrag der Landeshauptstadt Potsdam mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten  
14/SVV/0374** Fraktion CDU/ANW



- |     |   |  |
|-----|---|--|
| 9.1 | Fortführung des Vertrages über das Sammeln und Transportieren von Abfällen, Wertstoffen und Fäkalien und der Durchführung der Straßenreinigung im Gebiet der Stadt Potsdam zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und der Stadtentsorgung Potsdam GmbH<br><b>14/SVV/0713</b> | Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit |
| 9.2 | Einsammeln von Bioabfall im Rahmen des Vertrages über das Sammeln und Transportieren von Abfällen, Wertstoffen und Fäkalien und der Durchführung der Straßenreinigung im Gebiet der Stadt Potsdam zwischen der LHP und der STEP<br><b>14/SVV/0748</b>                       | Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit |
| 9.3 | Stand Enteignungsverfahren Uferweg Groß Glienicke<br><b>14/SVV/0745</b>   | Oberbürgermeister, Projektgruppe Uferwege    |
| 10  | <b>Sonstiges</b>  |  |



## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
04.06.2014
- 3 Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschusses
- 4 Luftschiffhafen  
einschließlich Parkplatzproblematik
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 5.1 Pachtzins für alternative Wohnprojekte  
Vorlage: 11/SVV/0874  
Fraktion Die Andere
  - 5.2 Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder  
Vorlage: 12/SVV/0468  
Fraktion DIE LINKE
  - 5.3 Konzept Veranstaltungen Volkspark  
Vorlage: 13/SVV/0631  
Fraktion SPD
  - 5.4 Änderung der Spielplatzsatzung der LHP  
Vorlage: 14/SVV/0275  
Fraktion SPD
  - 5.5 Strategische Steuerung in der Landeshauptstadt Potsdam - Leitbildentwicklung -  
Projektplan  
Vorlage: 14/SVV/0329  
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
  - 5.6 Kooperationsvertrag der Landeshauptstadt Potsdam mit der Stiftung Preußische  
Schlösser und Gärten  
Vorlage: 14/SVV/0374  
Fraktion CDU/ANW
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
  - 6.1 Bericht über den Stand der Zielerreichung der ProPotsdam GmbH  
Vorlage: 14/SVV/0624  
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die erste Sitzung des Hauptausschusses und fordert alle Mitglieder zu einer konstruktiven Zusammenarbeit auf.

#### zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 04.06.2014**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 18 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, folgende Tagesordnungspunkte **zurückzustellen**:

- 5.1, Pachtzins für alternative Wohnprojekte, DS: 11/SVV/0874, da die Gespräche noch immer andauern und über den Stand Verschwiegenheit vereinbart worden sei;
- 5.4, Änderung der Spielplatzsatzung der LHP, DS: 14/SVV/0275, da das weitere Vorgehen auf Grundlage der rechtliche Stellungnahme noch in der Fraktion besprochen werden müsse,
- 5.6, Kooperationsvertrag der Landeshauptstadt Potsdam mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, DS: 14/SVV/0374, da hierzu die antragstellende Fraktion noch Beratungsbedarf sehe.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wie lange die Tagesordnungspunkte 5.4 und 5.6 noch zurückgestellt werden sollen, entgegnet Herr Schubert zum TOP 5.4, dass die rechtliche Stellungnahme erst am 30.06.2014 der Fraktion zugegangen sei und schon etwas mehr Zeit benötigt werde, sich dazu in der Fraktion zu verständigen. Bezüglich des TOPs 5.6 führt Herr Finken aus, dass sich die Fraktion auf Grundlage der Beantwortung der Kleinen Anfrage 14/SVV/0010 Verträge sichten und Absprachen prüfen wolle, so dass eine Beratung im Hauptausschuss nach der Sommerpause möglich sein wird.

Im Weiteren bittet Herr Dr. Scharfenberg, sich zum Zeitpunkt einer Sondersitzung zum Bürgerbegehren Garnisonkirche und zum Verfahren der Berufung von sachkundigen Einwohnern zu verständigen.

Dies, so der Oberbürgermeister, könne unter dem dann aufzunehmenden Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ erfolgen.

Die so ergänzte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

#### zu 3 **Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschusses**

Der Oberbürgermeister verweist auf die Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung, mit der er mit dem Vorsitz im Hauptausschuss beauftragt wurde.

Nun müsse seine Stellvertretung geregelt werden und er bittet um Vorschläge. Herr Anger schlägt vor, Herrn Finken als stellvertretenden Vorsitzenden des

Hauptausschusses zu wählen.

Herr Dr. Scharfenberg führt dazu aus, dass er davon ausgehe, dass dieser Vorschlag in der Kooperation besprochen wurde und die dafür notwendigen Mehrheiten „stehen“. Da die Funktion auf Grund der „stabilen Gesundheit“ des Oberbürgermeisters ohnehin kaum wirksam werde, verzichtet er auf eine Kandidatur.

Der Oberbürgermeister schlägt gemäß § 39 Abs.1 Satz 6 vor, abweichend von der geheimen Wahl, offen abzustimmen. Voraussetzung sei eine Einstimmigkeit, d. h. kein Mitglied des Hauptausschusses dürfe dagegen stimmen; Stimmenthaltungen seien möglich.

Der Vorschlag wird zur Abstimmung gestellt und mit 17 Ja-Stimmen, bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Anschließend stellt der Oberbürgermeister, den Vorschlag, Herrn Finken zum stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschusses zu wählen, zur Abstimmung.

Dieser Vorschlag wird mit 13 Ja-Stimmen, bei 5 Stimmenthaltungen **angenommen**.

Herr Finken nimmt die Wahl an.

#### **zu 4      LuftschiFFhafen**

Frau Dr. Magdowski verweist auf die regelmäßige Berichterstattung zur Thematik LuftschiFFhafen in jeder Sitzung des Hauptausschusses und die anwesenden für Fragen zur Verfügung stehenden Gäste der LuftschiFFhafen GmbH, wie Frau Runge und Herrn Klemund.

Zum Stand der Sanierung führt sie aus, dass sich diese im Zeitplan befinde und der Wiedereröffnung der Schwimmhalle zum Ende des Jahres nichts im Wege stehe. Der Zusage entsprechend, Folgekosten für die Vereine zu kompensieren, seien diese befragt worden und stehe derzeit eine Summe von 33.000 Euro in Rede.

Bezüglich der Parkraumbewirtschaftung und der Eröffnung des Parkhauses habe es am 13.06. ein Gespräch mit dem Oberbürgermeister gegeben und werde das Parken für Ehrenamtler mit jährlich 30.000 Euro unterstützt. Nun werde der Stadtsporthund nach einer Befragung der Ehrenamtler einen Vorschlag für eine geeignete Verfahrensweise unterbreiten und auch die Verteilung in die Hand nehmen. Darüber hinaus habe sich der Oberbürgermeister dafür eingesetzt, dass Eltern kostenfrei parken können, wenn sie ihre Kinder abholen.

Daran anschließend erläutert Herr Klemund an Hand visueller Darstellung das Parkraumkonzept und den Stellplatzflächenplan mit Parkplätzen u.a. für Dauerparker, hauptamtliche Trainer, die Verbände, OSP und LuftschiFFhafen, Vereinsfahrzeuge und das „Haus der Vereine“ an verschiedenen Standorten. Damit seien alle verfügbaren Flächen ausgenutzt und werde dies als vertretbare Lösung zum Thema „parken“ angesehen.

Darüber hinaus werde die Straße zum Kongresshotel für Kurzzeitparkplätze für Eltern zur Verfügung stehen. Das umfasse ca. 30 – 40 Parkplätze, die für eine halbe Stunde kostenfrei genutzt werden können.

Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass dies eine wesentlich bessere Variante sei als noch vor 4 Wochen. Auf seine Nachfrage, wann diese Planung greife, entgegnet Herr Klemund, schnellstmöglich, spätestens jedoch zum 01.09.14. Auf die Nachfrage zu den Kosten für die Dachsanierung schlägt der

Oberbürgermeister vor, nach der Schlussrechnung im Oktober 2014 dem Hauptausschuss eine Kostenaufstellung vorzulegen, um die Mittelverwendung transparent zu machen.  
Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

## **zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

### **zu 5.1 Pachtzins für alternative Wohnprojekte**

**Vorlage: 11/SVV/0874**

Fraktion Die Andere

**zurückgestellt**

### **zu 5.2 Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder**

**Vorlage: 12/SVV/0468**

Fraktion DIE LINKE

Herr Exner informiert, dass nach entsprechenden Vorbereitungen der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 12.09.2012 mit der DS 12/SVV/0570 den Beschluss gefasst habe, dass die Bewohner der WagenHausBurg einen Pachtvertrag mit einer Laufzeit von 5 Jahren erhalten und für das Versetzen der Bauwagen in die bebaubare Fläche durch die Wagenhausburg eine Baugenehmigung zu beantragen ist.

Darüber hinaus sollte ein Ersatzstandort gefunden werden, da bauordnungsrechtliche Gründe einem Verbleib an dem genutzten Standort entgegenstehen. Danach wurde der jetzt vorliegende Antrag gestellt, für den Standort Tornowstraße 38 auf Hermannswerder einen Erbbaurechts- bzw. Kaufvertrag abzuschließen und den o. g. Beschluss mit der Drucksache 12/SVV/0570 aufzuheben sowie ein städtebauliches Konzept für diesen Bereich zu entwickeln und vorzuschlagen.

Seitdem werde diskutiert, ob und wie es umsetzbar sei, in der Nähe des jetzigen Standortes etwas zu finden, was bauordnungsrechtlich geht und die jetzt genutzte Fläche vermarktbar macht.

Derzeit werde von der WagenHausBurg eine Pacht- oder Mietlösung favorisiert. Außerdem konnten viele Fragen positiv geklärt werden. Momentan gehe es um die Auswahl des Gutachters, der den vorliegenden Vertragsentwurf prüfen soll. Ein Ergebnis sei etwa in 8 Wochen zu erwarten.

Darüber hinaus werde nach Alternativen auf Hermannswerder gesucht und die Angelegenheit von beiden Seiten ernsthaft betrachtet.

Die Nachfrage von Frau Dr. Müller, ob es jetzt nur noch um das „Wie“ und nicht mehr um das „Ob“ gehe, bestätigt er, wenn das „Wie“ funktioniere.

Die Information wird mit der Zusage zur Kenntnis genommen, in der Hauptausschusssitzung am 27.08.14 erneut zu informieren.

### **zu 5.3 Konzept Veranstaltungen Volkspark**

**Vorlage: 13/SVV/0631**

Fraktion SPD



Herr Heuer verweist auf die dazu vorliegende neue Fassung, die allseits abgestimmt sei und nur einer Terminänderung in der letzten Zeile bedarf, so dass der Bericht zum 15.01.2015 vorzulegen ist.

Herr Dr. Scharfenberg merkt kritisch an, dass der jetzige Vorschlag mit dem Anliegen, ein Konzept für den Volkspark zu erhalten, nichts mehr zu tun habe und eigentlich ein neuer Antrag hätte gestellt werden müssen. Die Änderung des Betreffs in „Vorbereitende Untersuchungen für eine Evaluierung des Bewirtschaftungskonzeptes Volkspark Potsdam“ mache das deutlich.

Die neue Fassung wird mit der genannten Terminänderung und der Änderung der Betreff-Zeile zur Abstimmung gestellt:

#### **Der Hauptausschuss beschließt:**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Vorbereitung einer Evaluierung des Bewirtschaftungskonzeptes für den Volkspark Potsdam im Hinblick auf eine langfristige Tragfähigkeit folgende Grundlagenarbeiten durch die Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH als Geschäftsbesorgerin zu veranlassen:**

**In der Veranstaltungssaison 2014 im Volkspark Potsdam ist ein Lärmmonitoring durchzuführen mit dem Ziel, belastbare Erkenntnisse für die künftige Entwicklung des Veranstaltungsprogramms zu gewinnen. Die Erhebung einer objektiven Arbeitsgrundlage ist notwendig, da es unterschiedliche Einschätzungen zur Geräusentwicklung durch Veranstaltungen im Volkspark und die daraus resultierenden Lärmbelastungen für die Anwohnerschaft am Volkspark gibt.**

**Das Monitoring soll sich auf die tontechnisch verstärkten Veranstaltungen beziehen, die Ausgangspunkt für Lärmemissionen sein können. Diese sind in Bezug auf die tatsächlichen Lärmimmissionen durch Messungen oder Vororttermine zu bewerten sowie im Hinblick auf den gesetzlich zulässigen Rahmen einzuordnen. In das Monitoring ist der Bereich Umwelt und Natur/Immissionsschutz einzubeziehen.**

**Unter Berücksichtigung des Abschlusses der städtebaulichen Entwicklung im Bornstedter Feld ist des Weiteren ein Konzept für den ruhenden Verkehr als Grundlage für eine langfristige Veranstaltungskonzeption zu erarbeiten. Das Konzept hat einerseits den Nachweis der Grundausstattung im alltäglichen Volkspark-Betrieb und andererseits den Nachweis von verkehrslenkenden Maßnahmen und von Ordnungsmaßnahmen bei besonderen, veranstaltungsbedingten, zusätzlichen Stellplatzbedarfen zu berücksichtigen.**

**Darüber hinaus ist ein Verfahrensvorschlag zu entwickeln, die Aktivitäten des Beirats BUGANachnutzung und der Interessenvertretung Bornstedter Feld stärker zu verzahnen und eine Zusammenarbeit der Gremien zu initiieren.**

**Der Bericht ist bis zum 15.01.15 vorzulegen.**

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>13</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>5</b>

**zu 5.4 Änderung der Spielplatzsatzung der LHP**  
**Vorlage: 14/SVV/0275**  
Fraktion SPD

**zurückgestellt**

**zu 5.5 Strategische Steuerung in der Landeshauptstadt Potsdam -  
Leitbildentwicklung - Projektplan**  
**Vorlage: 14/SVV/0329**

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Herr Jetschmanegg bringt die Vorlage ein. Er erläutert die Ausgangsbasis, verweist auf den strategischen Steuerungsprozess zur Entwicklung des Leitbildes und das Ziel, dies im Haushaltsplan 2017/18 abzubilden. Er erläutert die Verfahrensschritte und Maßnahmen, die Phasen des Prozesses sowie deren terminliche Einordnung.

Der Oberbürgermeister betont, dass dies ein ehrgeiziges und umfängliches Verfahren sei, in dem sich auch die Stadtverordneten einbringen müssen.

In der sich anschließenden Diskussion merkt Herr Finken an, dass er den Rückgriff auf die schon bestehenden zahlreichen Entwicklungskonzepte vermisste.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass der Anspruch, dies aus der Bürgerbeteiligung heraus ohne Vorgaben zu entwickeln, ein sehr hoher sei und darüber hinaus der Zeitplan sehr ehrgeizig. Dies sehe er als Schwachpunkt des Konzeptes, denn die Diskussion werde genau dann intensiv beginnen, wenn ein Entwurf vorliegt. Ebenso betont Herr Schubert, dass der Zeitplan sehr ambitioniert ist und bittet, das noch einmal zu prüfen. Eine Beschlussvorlage nach der Sommerpause 2015 zu planen, halte er für realistischer. Den Vorschlag einer Diskussion ohne Vorgaben halte er für den besseren, aber auch für den schwierigeren Weg.

Im Weiteren beantworten Herr Jetschmanegg und Frau Strotzer die Nachfragen, so von Frau Dr. Schröter zu den finanziellen Auswirkungen und die Einbeziehung bestehender Konzepte, entsprechend der Anregung von Herrn Finken.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass dieses Vorhaben alle fortlaufend beschäftigen werde und einschließe, mit den Bürgern über Inhalte und örtliche Bezüge zu diskutieren und sie bei großen politischen Entscheidungen mitzunehmen. Das sei ein völlig anderes politisches Verständnis als bislang. Bezug nehmend auf die Frage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob externer Sachverstand mit einbezogen werde, führt er aus, dass dies aus eigenen Kräften gestemmt werden soll. Ziel sei, dass sich das entwickelte Leitbild in der konkreten Politik niederschlage, was z.B. auch Auswirkungen auf den Bürgerhaushalt haben werde. Die gebildete Steuerungsgruppe werde allerdings gecoacht. Im Weiteren werde die Thematik auf den unterschiedlichen Hierarchieebenen diskutiert und das Ergebnis solle handlungsleitend für die Politik und die Verwaltung sein. Eine wie von Herrn Dr. Scharfenberg angeregte Einbeziehung der Uni Potsdam wolle er nicht ausschließen, der Prozess müsse aber durch die Stadt selbst gestaltet und verantwortet werden.

Gegen seinen Vorschlag, im September einen Zwischenbericht zu geben, erhebt sich kein Widerspruch.

Die Beschlussvorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

**Projektplan zur Entwicklung eines Leitbildes für die Landeshauptstadt  
Potsdam (siehe Anlage).**

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen**.

**zu 5.6 Kooperationsvertrag der Landeshauptstadt Potsdam mit der Stiftung  
Preußische Schlösser und Gärten**  
**Vorlage: 14/SVV/0374**  
Fraktion CDU/ANW

**zurückgestellt**

**zu 6 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 6.1 Bericht über den Stand der Zielerreichung der ProPotsdam GmbH**  
**Vorlage: 14/SVV/0624**  
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Herr Westphal erläutert die vorliegende Mitteilungsvorlage an Hand einer Power-Point-Präsentation und beantwortet die Nachfrage von Herrn Kirsch zur Anwendung der Kappungsgrenze.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**neu Sonstiges**

neu Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung

Herr Dr. Scharfenberg bittet um eine Verständigung bezüglich einer möglichen Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung in der Sommerpause. Hintergrund ist eine Unterschriftensammlung für ein Bürgerbegehren zum Entscheid, ob die Stadt in der Stiftung Garnisonkirche verbleiben soll. Am 07.07.2014 werden die Unterschriften an die Stadt übergeben, die mindestens 5 Tage für die notwendigen Prüfungen benötige. Damit ist eine Behandlung dieser Thematik in der regulären Sitzung am 09.07.2014 nicht möglich – die nächste reguläre Sitzung am 17.09.2014 steht dem Anliegen entgegen, das Bürgerbegehren mit der Landtagswahl zu koppeln, was eine nicht unerhebliche Kosteneinsparung für die Stadt ermögliche.

Im Ergebnis wird Einigung darüber erzielt, dass in den Fraktionen ein Termin in der Zeit vom 20.07. – 06.08.2014 besprochen wird, an dem möglichst viele Stadtverordnete anwesend sein können.

neu Verfahren zur Berufung sachkundiger Einwohner

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf den Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und darauf, dass dieser noch nicht mit einem Vorschlag untersetzt ist. In der Vorbesprechung zur konstituierenden Sitzung hatte es seitens der anwesenden Fraktionen keinen Widerspruch dagegen gegeben, an dem bisherigen Verfahren festzuhalten, so dass dies die Basis der Diskussion sein sollte. Herr Kirsch informiert über die Absicht seiner Fraktion, gemäß Hauptsatzung zusätzliche Ausschussmitglieder entsenden zu wollen und damit verbinde er auch den Anspruch, sachkundige Einwohner zur Berufung vorzuschlagen.

Herr Schubert führt aus, dass in diesem Sinne die Hauptsatzung geändert werden solle und die Fraktion SPD bis Ende der Woche einen entsprechenden Vorschlag an die Fraktionen geben werde.



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

## Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**12/SVV/0468**

öffentlich

### Betreff:

Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder

**Einreicher:** Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 09.07.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
22.08.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x

### Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit den Bewohner/innen der WagenHausBurg in Verhandlungen zum Abschluss eines Erbbaurechts- bzw. Kaufvertrages für den jetzigen Standort Tornowstraße 38 auf Hermannswerder einzutreten.

Über die jeweiligen Ergebnisse der Gespräche ist der Hauptausschuss alle zwei Monate, beginnend im Oktober 2012, zu informieren.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg  
Fraktionsvorsitzender

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

### Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**


Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Die Diskussionen um den Erhalt des „Lebens- und Lernortes Tornowstraße 38 - nachhaltig leben im urbanen Raum“ konnten trotz des großen Interesses der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung und der Bemühungen der WagenHausBurg-Bewohner/innen zu keinem konkreten Ergebnis geführt werden.

Die in dem geltenden Vertrag enthaltene Option auf Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages war für die Bewohner/innen der WagenHausBurg über die gesamten 12 Jahre der Existenz des Projektes Grundlage ihres konzeptionellen Denkens und Handelns.

Wie dem Konzept des Gemeinschaftsprojektes u. a. zu entnehmen ist, wurden bisher alle Angebote und Projekte selbst bzw. durch akquirierte Fördermittel finanziert.

Die notwendig gewordenen baulichen Maßnahmen jedoch sind nicht aus eigener Kraft finanzierbar, können nur über Fremdfinanzierung, also durch eine Kreditaufnahme, realisiert werden. Dafür müssen die eigentumsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Über den sozialen Wert des Projektes in seiner Innen- und Außenwirkung wurde bereits viel Positives erklärt. Das legt nahe, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass sich die WagenHausBurg ihren jetzigen Standort langfristig entwickeln kann.



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

**X Änderungsantrag**

zur Drucksache Nr.

**Ergänzungsantrag**

**12/SVV/0468**

**Neue Fassung**

öffentlich

**Einreicher:** Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Betreff:** Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder

Erstellungsdatum 17.09.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
19.09.2012	Statdverordnetversammlung		X

**Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Beschluss der Drucksache 12/SVV/0570 am 12.09.2012 im Hauptausschuss wird aufgehoben.

Für das Gebiet an der Fährwiese Hermannswerder wird ein B-Plan aufgestellt.

gez. Saskia Hüneke  
Fraktionsvorsitzende

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Begründung siehe Anlage



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

## Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**14/SVV/0275**

öffentlich

**Betreff:**

Änderung der Spielplatzsatzung der LHP

**Einreicher:** Fraktion SPD

Erstellungsdatum 18.03.2014

Eingang 922:

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
02.04.2014	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Kinderspielplatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam wird wie folgt ergänzt:

In § 1 wird Absatz 3 neu eingefügt:

(3) Spielplätze, die nach Maßgabe dieser Satzung errichtet wurden, sind öffentlich zugänglich.

gez. M. Schubert  
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**

**Termin:**



Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Aus aktuellem Anlass wird deutlich, dass die Spielplatzsatzung der Landeshauptstadt hier eine Lücke aufweist. Ein Spielplatz im Wohngebiet Ruinenbergkaserne wird vom Eigentümer und Errichter, dem privaten Investor im Wohngebiet, gesperrt und soll ausschließlich den eigenen Mietern vorbehalten werden. Errichtet aber wurde der Spielplatz aufgrund der Vorgaben der Spielplatzsatzung der LHP, die natürlich die öffentliche Zugänglichkeit von Spielplätzen beabsichtigt. Mit dieser Satzungsänderung soll solch bizarren Entwicklungen abgeholfen werden.



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

## Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**14/SVV/0374**

öffentlich

**Betreff:**

Kooperationsvertrag der Landeshauptstadt Potsdam mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten

**Einreicher:** Fraktion CDU/ANW

Erstellungsdatum 22.04.2014

Eingang 922:

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
07.05.2014	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) umgehend Verhandlungen über eine Kooperationsvereinbarung zur Regelung der grundsätzlichen Zusammenarbeit in allen Angelegenheiten, die sowohl die LHP als auch die SPSG betreffen, aufzunehmen und finanziell zu untersetzen. Der Vertrag soll im 3.Quartal 2014 der SVV vorgelegt werden.

gez. Horst Heinzel  
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**

**Termin:**

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Viele Einrichtungen der SPSG liegen im Zuständigkeitsbereich der LHP.

Daraus ergeben sich viele Berührungspunkte und Felder der Zusammenarbeit, die auch finanzielle Leistungen nach sich ziehen.

Konkret reichen diese von laufenden Verwaltungsangelegenheiten, über Genehmigungen und regelmäßigen Unterstützungsangelegenheiten bis hin zu Regelungsbedarf im Einzelfall. Darüber hinaus bestehen durch die enge Verflechtung Konstellationen, aus denen für beide Seiten nicht unerhebliche auch geldwerte Vorteile resultieren, die im Einzelfall nicht beziffert werden können.

Daraus ergeben sich vielfältige gegenseitige Verpflichtungen und Abhängigkeiten, deren Rahmen im Sinne einer einvernehmlichen Zusammenarbeit zu regeln ist.



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

DS 14/SVV/0374

 öffentlich**Einreicher: Fraktion CDU/ANW****Betreff: Kooperationsvertrag der Landeshauptstadt Potsdam mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten**

Erstellungsdatum 26.08.2014

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
17.09.2014	SVV der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheid	

**Ergänzungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Vertrag soll grundsätzlich Aussagen zur Zusammenarbeit, zu den grundsätzlichen Interessen und Erwartungen der Vertragspartner sowie eine gemeinsame Zielsetzung enthalten. Die in der DS 14/SVV/0010 mit Ergänzung und DS 14/SVV/0686 aufgeführten Details sollten sich in einem zweiten Teil wiederfinden und in einem dritten Kapitel sollten Abläufe, Zuständigkeiten, Kontrolle und Verantwortung geregelt werden. Der Vertrag soll im ersten Quartal 2015 vorgelegt werden.

gez. Matthias Finken  
Fraktionsvorsitzender

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

## Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**14/SVV/0660**

öffentlich

**Betreff:**

Wirtschaftsbeirat für die Landeshauptstadt Potsdam

**Einreicher:** Fraktion SPD

Erstellungsdatum 24.06.2014

Eingang 922:

\_\_\_\_\_

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
09.07.2014	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordneten mögen beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Bildung eines Wirtschaftsbeirates für die LHP gemäß § 12 Hauptsatzung vorzubereiten und der Stadtverordnetenversammlung im September zur Beschlussfassung vorzulegen. Aufgabe des Beirates soll die bessere Abstimmung zwischen lokaler Wirtschaft, Politik und Verwaltung sein.

gez. M. Schubert  
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**

**Termin:**

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgebblätter beifügen

**Begründung:**

Potsdam hat in den letzten Jahren auch wirtschaftlich eine hervorragende Entwicklung genommen. Dennoch machen es die Anforderungen der Standortbedingungen für die örtliche Wirtschaft nötig, die Kommunikationswege zwischen lokaler Wirtschaft, Politik und Verwaltung zu optimieren. Unter Leitung des Oberbürgermeisters soll ein zweimal jährlich tagender Wirtschaftsbeirat, dem Vertreterinnen oder Vertreter der städtischen Wirtschaftsförderung, der Stadtfraktionen, des Einzelhandelsverbandes, der AG Innenstadt und der AG Babelsberg, der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer, des Hotel- und Gaststättenverbandes, der Agentur für Arbeit, der Tourismuswirtschaft, der Medienwirtschaft, der wissenschaftlichen Einrichtungen, der freien Berufe und Vertreter der Gewerkschaften angehören. Die Mitglieder des Wirtschaftsbeirates sollen auf die Dauer der Wahlperiode von der Stadtverordnetenversammlung berufen werden. Der Wirtschaftsbeirat soll die Stadtverordnetenversammlung, ihre Ausschüsse und die Stadtverwaltung in allen die Wirtschaft in der Stadt berührenden Angelegenheiten, wie zum Beispiel die wirtschaftliche Entwicklung, die Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen und Strategien der Wirtschaftsförderung beraten.



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

- Änderungsantrag  
 Ergänzungsantrag  
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

DS 14/SVV/0660

 öffentlich

Einreicher: Fraktion CDU/ANW

Betreff: Wirtschaftsbeirat für die Landeshauptstadt Potsdam

Erstellungsdatum 08.07.2014

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
09.07.2014	SVV der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheid	

**Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Änderung des Titels: Der Beirat soll „Beirat für Innovation, Transformation und Wirtschaft“ heißen.

**Begründung:**

Der im Antrag vorgesehene Titel „Wirtschaftsbeirat“ greift zu kurz. In Potsdam werden seit Jahren vielfältige Anstrengungen unternommen, um nicht nur Unternehmen anzusiedeln, sondern um die bestmögliche Infrastruktur für Unternehmensgründungen zu schaffen: "GO:IN", "Potsdam Transfer", die "Potsdamer Technologie- und Gründerzentren", aber auch Unternehmensgründungen von Absolventen des "Hasso Plattner Instituts" (HPI), oder die Investments von "Hasso Plattner Ventures" (HPV) seien hier genannt. Weiterhin prosperiert der sogenannte "Speckgürtel" um Berlin und in unmittelbarer Angrenzung zu Potsdam durch Unternehmensansiedelungen. Potsdam liegt im unmittelbaren Einflussbereich Berlins, der Stadt in Deutschland mit den meisten "start ups". Es zeigt sich also, dass Potsdam im Hinblick auf seine wirtschaftliche Prosperität über die bestehende Wirtschaft hinaus umfassender gesehen werden muss.

**Änderung zur Begründung des Antrags:**

Der neu zu gründende Beirat sollte nicht von vornherein in seinem Sitzungsturnus auf "zweimal p.a." beschränkt werden, sondern diesen je nach Anforderungen, Bedarf, Aktualität oder eigenen Festlegungen bestimmen können.

Schließlich sollte die in der Begründung des Antrags genannte Aufzählung der Teilnehmer nicht abschließend genannt sein. Auch hier sollte es dem Beirat möglich sein, den Teilnehmerkreis nach eigenen Festlegungen bestimmen zu können.

gez. Matthias Finken  
Fraktionsvorsitzender

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



**Landeshauptstadt  
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

## Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**14/SVV/0747**

**Betreff:**  
**Kommunale Immobilienverkäufe 2014**

öffentlich

**bezüglich  
DS Nr.:**

Erstellungsdatum 13.08.2014

Eingang 922: 13.08.2014

Einreicher: GB Zentrale Steuerung und Finanzen

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium
27.08.2014	Hauptausschuss

### Inhalt der Mitteilung:

Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis:

Gemäß der „Leitlinie für Grundstücksverkäufe zur Veräußerung von kommunalen Grundstücken durch die Landeshauptstadt Potsdam“ vom 07.03.2012 wird dem Hauptausschuss eine Übersicht der im Haushaltsjahr 2014 beabsichtigten Grundstücksverkäufe der Landeshauptstadt Potsdam vorgelegt. Grundstücksgeschäfte, bei denen bereits in den vorangegangenen Jahren die Bearbeitung begonnen wurde beziehungsweise Bestandteil der Verkaufsliste 2013 vom 24.04.2013 waren, sind nicht Bestandteil dieser Aufstellung. Daher sind in 2014 nur die in der Anlage benannten Grundstücke zusätzlich zum Verkauf vorgesehen.

Die Wertgrenzen für die einzelnen Grundstücke wurden auf der Grundlage der vorhandenen Buchwerte, bereits vorhandener Verkehrswerte oder durch Schätzungen ermittelt. Im Rahmen der späteren Verkaufsverfahren können sich aufgrund der Vermarktungsergebnisse und der dann vorliegenden aktuellen Verkehrswertgutachten Veränderungen der Wertgrenzen ergeben, die bei der späteren Beschlussfassung gegebenenfalls zu abweichenden Gremienbeteiligungen führen können.

Es handelt sich bei der anliegenden Übersicht um eine Aufstellung der Grundstücke, die in diesem Jahr im Auftrag der Landeshauptstadt Potsdam durch die POLO Beteiligungsgesellschaft mbH neu in den Verkauf gegeben werden sollen.

Es besteht jedoch die Möglichkeit, dass im Laufe des Jahres weitere Veräußerungsvorgänge zur Beschlussfassung vorgelegt werden, sofern sich dies wider Erwarten aus dem Bearbeitungsprozess ergibt oder aus anderen Gründen notwendig werden sollte (zum Beispiel in Arrondierungsfällen).

Zu den einzelnen Grundstücken werden seitens der Verwaltung Empfehlungen für das weitere Vorgehen abgegeben.



**Finanzielle Auswirkungen?** Ja NeinDas **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als **Pflichtanlage** beizufügen.**Fazit finanzielle Auswirkungen:**

Die Einzahlungen aus den Grundstücksveräußerungen kommen dem Haushalt der Landeshauptstadt Potsdam zugute. Sie dienen der Finanzierung der Investitionstätigkeit (Einzahlungen aus Veräußerung; Zeile 20 des Finanzhaushaltes, Seite 18 der „Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen für die Haushaltsjahre 2013/2014 Teil 1). Der Planansatz für das Haushaltsjahr 2014 beträgt 3.497.100,00 EUR.

Oberbürgermeister	Geschäftsbereich 1	Geschäftsbereich 2
	Geschäftsbereich 3	Geschäftsbereich 4

Anlagen:

Anlage 1 – geplante Grundstücksveräußerungen 2014

Anlage 2 – Flurkarten

## Geplante Grundstücksveräußerungen 2014

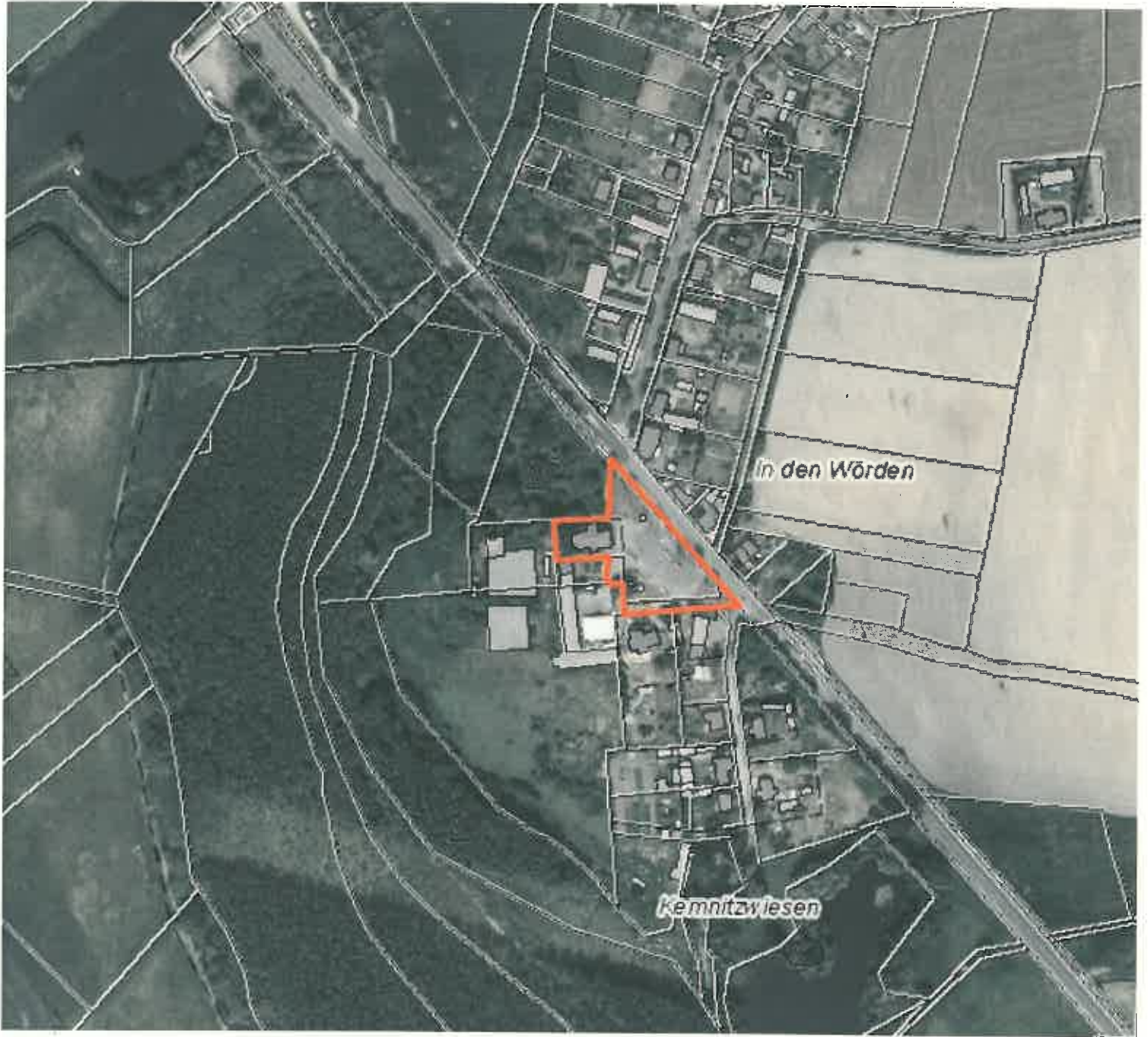
Hfd. Nr.	Grundstücksbezeichnung (postalische Anschrift)	Flurstück	Größe in m <sup>2</sup>	Wertgrenze	Nutzungsart	Künftige Nutzung	Zuständigkeit	Empfehlung für sofortige Ausschreibung (A), Direktverkauf (D)	Empfehlung für Vorberassung durch Gremien (HA/SVV)	Bemerkungen
1	Am Parkplatz 1	126, 127, 138, 140	5.315	< 150.000	Parkplatz, Imbiss, Bushaltestelle	Gewerbe	OBM	A	Ortsbeirat	Ausschreibung III/2014
2	Forstallee	75, 76	1.474	< 300.000	Ehoulungsgarten	Wohnen / 1DH oder max. 2 EFH	HA	A		Ausschreibung III/2014
3	Golmer Chaussee 32-36	182	9.699	< 300.000	Wohnnutzung	Wohnen / max. 3 EFH	HA	A		Ausschreibung III/2014
4	Hubertsdamm	298/3	631	< 150.000	Bauland	Arrondierungsfläche	OBM	D		Arrondierungsverkauf an Nutzer.
5	Karl-Marx-Str. 5	86	554	< 300.000	Garagenrundstück	Arrondierungsfläche/Garagennutzung	HA	A		
6	Lotte-Pulewka-Str.-	211 (tlw.)	105	< 150.000	Gewerbe	Gewerbe, Arrondierung	OBM	D		Arrondierungsverkauf
7	Am Buchhorst 33	25	13.325	> 300.000	Gewerbe (Handwerkerhof)	Gewerbe	SVV	D		Grundstück wurde mehrfach erfolglos ausgeschrieben.
8	Unter den Eichen	249	9.293	> 300.000	Garagenrundstück	Garagenstandort	SVV	D		gemäß Beschluss 14/SVV/0227 im Geschäftsgang

Anmerkung: aufgeführt sind nur die noch nicht abgeschlossenen Verkaufsvorgänge für 2014

Stand 2014-07-21

# Laufende Nummer

1





# Laufende Nummer

2









Geobasisdaten: © GeoBasis-DE/LGB (2014) – Druckdatum: 04.07.2014

# Laufende Nummer

3





Geobasisdaten: © GeoBasis-DE/LGB (2014) – Druckdatum: 24.08.2014

# Laufende Nummer

4







Geobasisdaten: © GeoBasis-DE/LGB (2014) – Druckdatum: 04.07.2014

# **Laufende Nummer**

**5**







Geobasisdaten: © GeoBasis-DE/LGB (2014) - Druckdatum: 04.07.2014

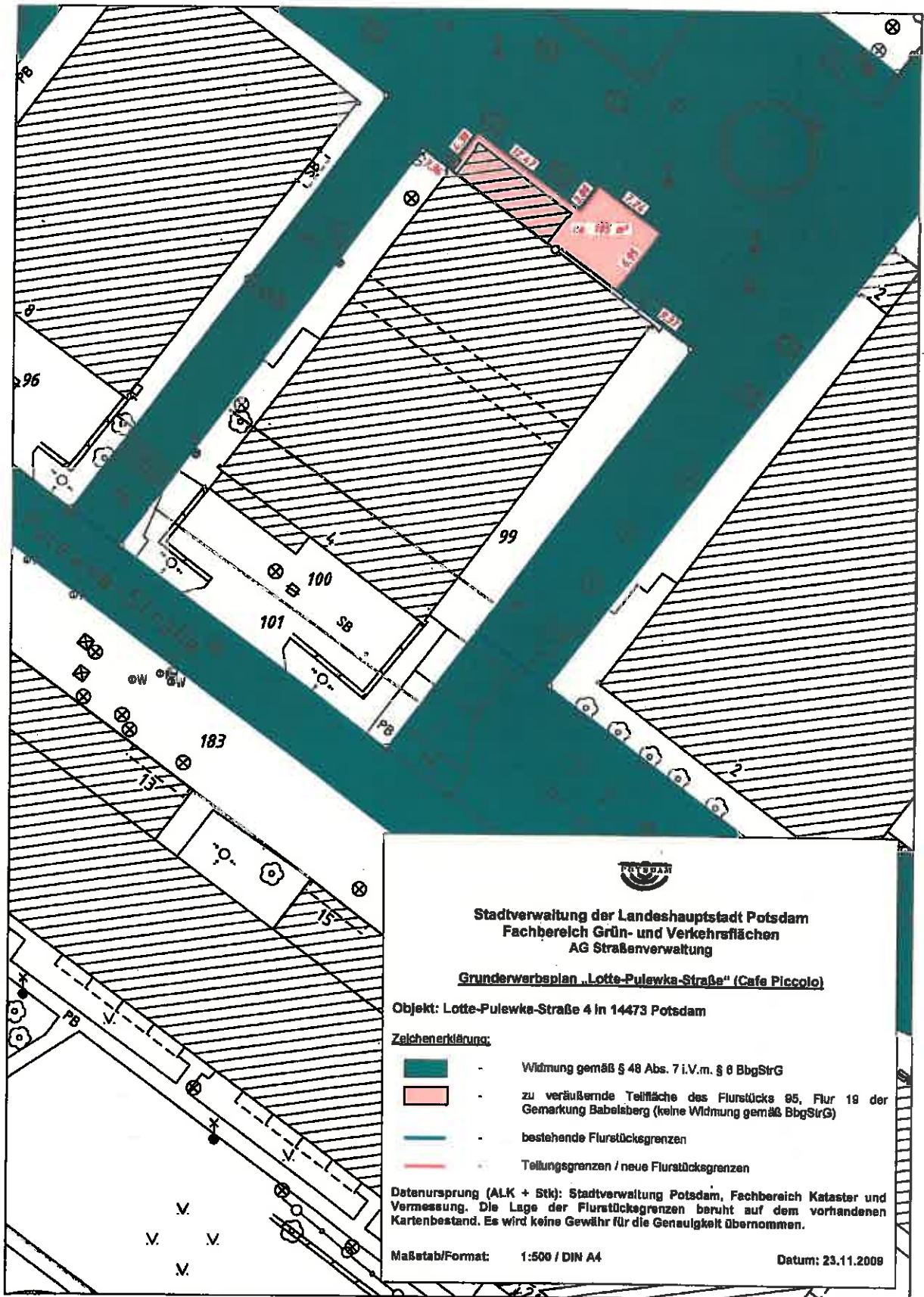
# Laufende Nummer

6





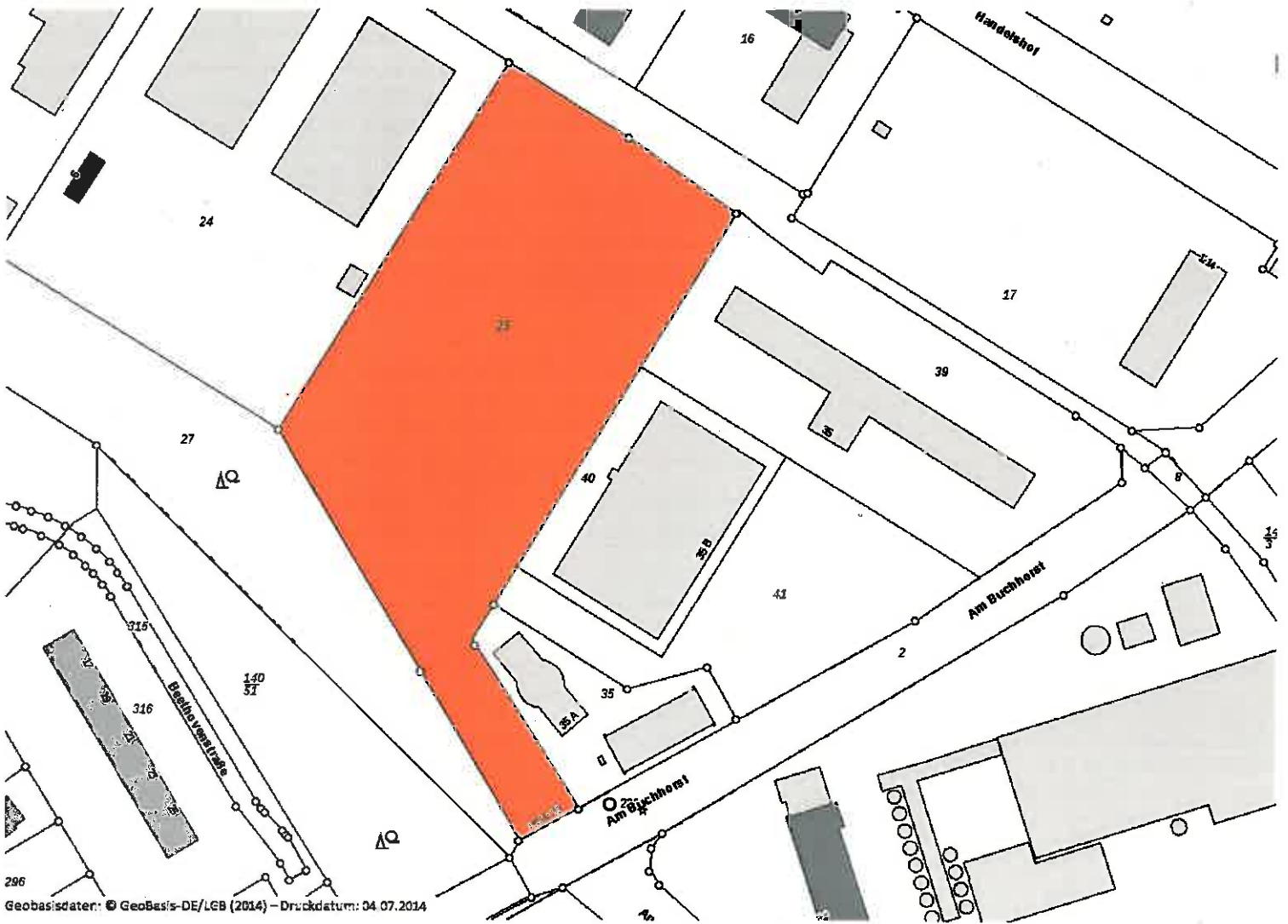
408



# Laufende Nummer

7





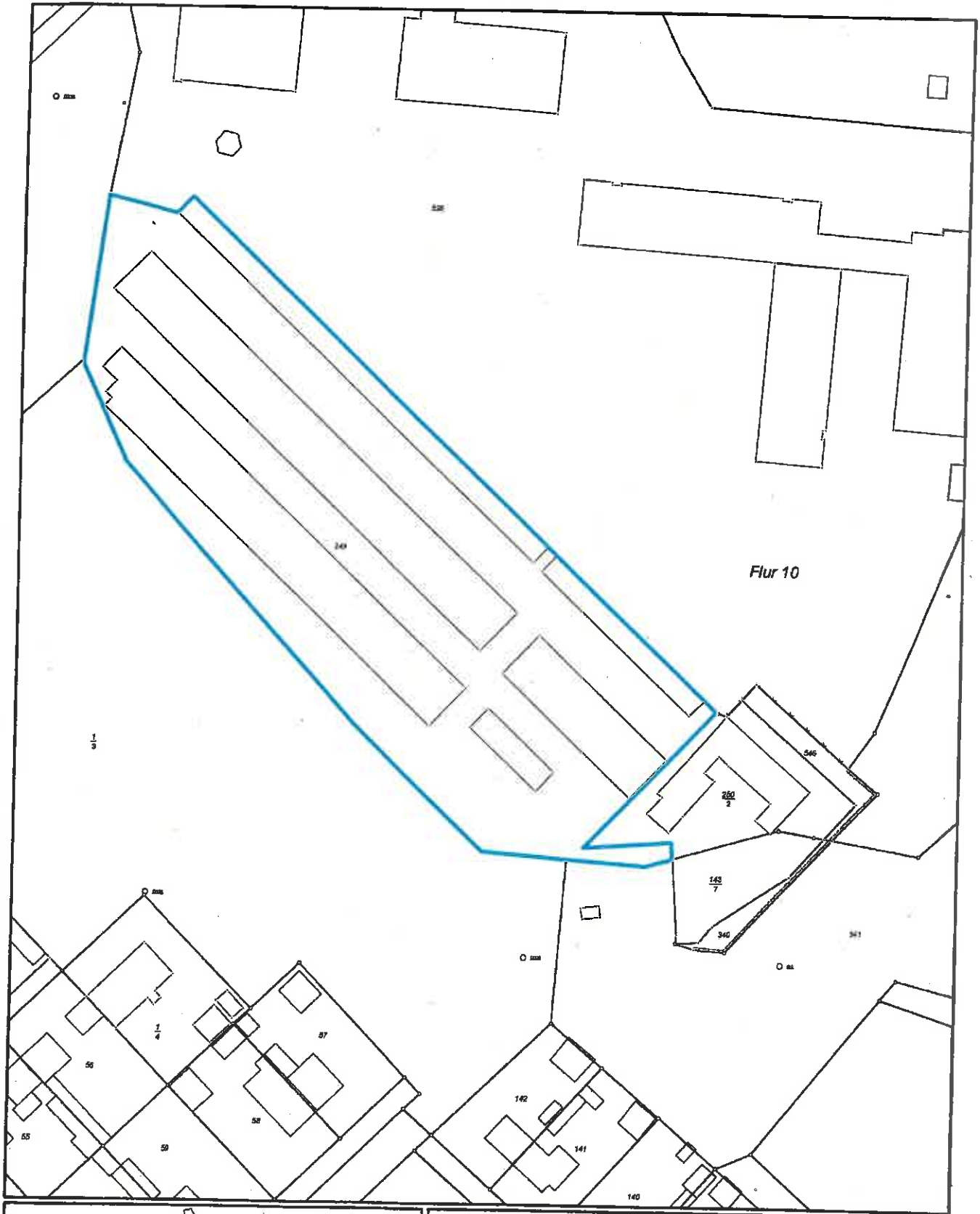
Geobasisdaten: © GeoBasis-DE/LGB (2014) – Druckdatum: 04.07.2014



# Laufende Nummer

8





**Geoportal Landeshauptstadt Potsdam**  
Erstellt für Maßstab 1:1179  
0 1 m  
Ersteller info  
Erstellungsdatum 22.08.2013

---

Landeshauptstadt Potsdam  
Friedrich-Ebert-Straße 79/81  
14461 Potsdam

